

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Betleauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postkassen-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielig, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Beck erläutert seine Politik.

Das Expose des Außenministers im Sejm.

Außenminister Beck sprach am Mittwoch im Sejm über die Grundlagen der polnischen Außenpolitik.

Minister Beck begann seine Ausführungen mit einer Stellungnahme zum italienisch-abyssinischen Konflikt.

Afrika, so erklärte der Außenminister, liege von Polen sehr weit entfernt, und mit diesem Lande sei Polen durch keinerlei Interessen direkt verbunden. Mit Italien unterhalte Polen die allerbesten direkten Beziehungen; vor Ausbruch des italienisch-abyssinischen Konflikts habe Polen mit Italien einen freundschaftlichen Meinungsaustausch gepflogen mit dem Ziele, durch wohlwollende Zusammenarbeit eine Besserung der Beziehungen mit einigen Donaufstaaten zu erzielen.

Polens Haltung im Ostafrika-Konflikt sei völlig objektiv und desinteressiert. Die Stellung der Staaten zu dem Konflikt werde bei den einen bestimmt durch deren afrikanische Interessen, bei anderen hauptsächlich durch ihre negative Einstellung zum Faschismus, bei allen aber durch Erwägungen über die Zukunft des Völkerbundes. Das Motiv der Afrikapolitik berühre Polen nicht unmittelbar, das Verhältnis zum Faschismus bleibe ebenfalls ohne Einfluß auf die polnische Stellungnahme, da Polen sein Verhältnis zu den einzelnen Staaten nicht nach den Verfassungsdoctrinen regelt, die eine innere Angelegenheit seien. Sonst könnte man schließlich zu einer Art von Religionskrieg gelangen.

Polen und England.

In der Gestaltung dieses Konflikts vor dem Genfer Forum habe England eine führende Rolle gespielt. „Ich habe nicht das Recht“, so erklärte Beck sehr diplomatisch, „Großbritannien als interessierte Seite an diesem Konflikt zu bezeichnen, denn sobald und solange die Angelegenheit im Rahmen des Völkerbundes behandelt wird, wäre eine solche Bezeichnung ungenau“. Das Verhältnis Polens zu Großbritannien gestalte sich wie am besten. Es erscheine auch sehr unwahrscheinlich, daß zwischen den wesentlichen Zielen der englischen Politik in Europa und den Lebensinteressen der polnischen Politik irgendwelche Gegensätze entstehen könnten.

Völkerbundspalt

Ueber den and seine etwaige Reform gebe Polen kein Urteil ab; solange der Pakt von einer ansehnlichen Zahl von Staaten anerkannt wird, verpflichtet er Polen in demselben Grade wie die anderen. Zu einer Schwächung dieses Werkzeuges internationaler Zusammenarbeit könne Polen nicht beitragen. Das habe in Genf das Verhalten der polnischen Abordnung bestimmt.

Die polnische Politik suche seit Jahren einfache und klare Wege. Diese Politik bemühe sich darum, aufbauend zu sein und praktische Lösungen zu finden. Sie finde ihren vollsten Ausdruck in der Regelung der wichtigsten Angelegenheiten mit den Nachbarn in greifbaren Vereinbarungen.

Der Minister erinnerte an die entscheidende Rolle Polens beim Zustandekommen von Nichtangriffspakten zwischen Sowjetrußland und dessen westlichen Nachbarn. Polen habe zuerst zur Schaffung von Grundrissen eines dauernd friedlichen Verhältnisses zwischen Sowjetrußland und den Staaten anderer Verfassung beigetragen. Das Abkommen mit Deutschland sei von der Weltmeinung als eines der bedeutendsten internationalen Ereignisse auf dem Wege zur Schaffung eines friedlichen Zusammenlebens im Nachkriegs-Europa angesehen worden. Beim Abschluß von Abkommen mit Nachbarn haben wir sorgsam darauf geachtet, unsere früheren, aus den Bündnissen mit Frankreich und Rumänien sowie aus dem Völkerbundspakte sich ergebenden Verpflichtungen nicht anzutasten. Immer häufiger taucht in letzter Zeit die Frage von regionalen Organisationen auf. Der Uni-

versalismus des Völkerbundes hat versagt, wodurch sich das Auftreten des Gedankens regionaler Organisationen erklärt, die vielleicht an sich auch richtig sind. Wir müssen aber, sagte der Minister, unsterblich amtlich feststellen, daß es unsere Sache ist, zu bestimmen, was wir als Region polnischer Interessen ansehen, und daß wir in dieser Hinsicht keine fertigen Rezepte entgegennehmen. Wer unsere Zusammenarbeit wünscht, muß sich mit uns verständigen. Polens Außenpolitik habe immer die einfache und gerade Linie verfolgt und eine Vereinfachung der im internationalen Leben auftretenden Komplikationen zu erreichen gesucht. Politische Abkommen haben Polen nur wenige abgeschlossen, aber die es unterzeichnet habe, wolle es auch einhalten.

Außenminister Beck kam sodann auf das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarn zu sprechen, das er bis auf Litauen und die Tschechoslowakei als befriedigend bezeichnete. In bezug auf Litauen

sagte der Minister, dieses Land erkenne gegenüber Polen ein zwischen zivilisierten Völkern bestehendes nachbarliches Verhältnis nicht an. Diese Tatsache könne als Nullpunkt betrachtet werden. Der kürzlich beendete Prozeß wegen der Ermordung des Innenministers Pieracki habe aber erwiesen, daß ein früheres Mitglied der litauischen Regierung aktiv an der Organisation und Finanzierung der Terroraktionen in Polen beteiligt gewesen sei. Sollte dies auch jetzt noch der Fall sein, so müßte Litauen als ein den Frieden gefährdendes Element betrachtet werden.

Seit längerer Zeit sei die polnische öffentliche Meinung auch durch die Behandlung der Polen in der Tschechoslowakei beunruhigt. Es sei dies eine traurige Angelegenheit und Polen könne hier selbstverständlich nicht gleichgültig bleiben. In dem Bestreben, hier eine Entspannung der Lage herbeizuführen, werde Polen jedes Anzeichen eines guten Willens seitens der Tschechoslowakei entsprechend einschätzen. Ein solches Anzeichen wäre, so erklärte Minister Beck, die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Teschener Schlesien.

Minister Beck schloß seine Rede mit der Erklärung, daß zur eingehenden Darlegung der polnischen Außenpolitik noch zahlreiche andere Probleme zu berühren wären, was aber im Rahmen eines Expose nicht gut möglich sei.

Japans Austritt aus der Flottenkonferenz vollzogen

Die japanische Begründung. — Erklärungen der Mächtevertreter.

London, 15. Januar. Auf der Sitzung der Flottenkonferenz am Mittwoch gab die japanische Abordnung amtlich bekannt, daß Japan sich von der Flottenkonferenz zurückzieht.

Auf Eruchen der japanischen Abordnung wurde der japanische Antrag auf eine gemeinsame obere Begrenzung der Flottenrüstungen erneut zur Beratung gestellt. Der japanische Abordnungsführer, General Nagano, gab eine etwa dreiviertel Stunden dauernde Erklärung ab, in der er durch einen Dolmetscher u. a. sagen ließ, er bedauere es, daß die Ereignisse zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten geführt hätten. Er wüßte klar festzustellen, daß Japan nicht die Absicht habe, einen Flottenrüstungswettbewerb herbeizuführen. Japan wüßte ebenso wie jedes andere Land, daß ein Abkommen erzielt werde, welches zu einer tatsächlichen Verminderung der Flottenrüstungen führe, jedoch sei Japan leider keine andere Wahl gelassen worden, als die Konferenz zu verlassen.

Nach der Rede Naganos wurden die Abordnungsführer der anderen Völker in alphabetischer Ordnung aufgefordert, sich zu dem japanischen Vorschlag zu erklären.

Sie lehnten ohne Ausnahme den japanischen Vorschlag ab.

Hierbei erklärte Norman Davis für Amerika, angesichts der gegenwärtigen Unsicherheit in der Welt sei eine Verächtlichmachung der Stärkeverhältnisse aber völlig unmöglich. Angesichts der Lage im Fernen Osten, in Eu-

ropa und in Afrika lehnten die Vereinigten Staaten jede Milderung ab, die ihre Sicherheit vermindern würde. Jedoch seien sie für eine gleichmäßige und verhältnismäßige Verminderung aller Flottenstärken.

Für die englische Abordnung sprach Lord Moseley, der den englischen Standpunkt dahingehend zusammenfaßte, Gleichberechtigung zur See könne nicht allein in Schiffen gemessen werden. Die Entfernungen von den Flottenstützpunkten und Landesverbindungswege müßten mit in Rechnung gestellt werden. Eine Macht mit weitreichenden Verantwortlichkeiten müsse ihre Verbindungswege schützen. Daher müsse sie eine stärkere Seemacht haben als eine andere Macht, die ihre gesammelten Streitkräfte in der Nähe der Heimatgewässer zusammenziehen könne. Die Annahme des japanischen Vorschlages würde außerdem bedeuten, daß jedes Land berechtigt wäre, ebensoviel Schiffe zu bauen, wie sein Nachbar, gleichgültig, wie groß seine Verantwortlichkeiten auch seien.

Ähnliche Erklärungen gaben die einzelnen Vertreter des britischen Weltreiches ab.

Auch die französische und die italienische Abordnung lehnten den japanischen Vorschlag ab.

Der italienische Vertreter erklärte, Italien wüßte nicht, den Grundsatz zu bestreiten, auf den der japanische Vorschlag beruhe. Er habe jedoch Zweifel darüber, ob er praktisch durchführbar sei. Eine ähnliche Erklärung gaben die Franzosen ab.

Die nächste Sitzung wird Donnerstag stattfinden.

Naziterror in Danzig dauert an.

Polizei bei einer sozialdemokratischen Landkonferenz.

Sonntag vormittag fand im Cafe Bischofshöhe in Danzig eine Konferenz von Delegierten der Sozialdemokratischen Partei aus den Landkreisen statt. Die Konferenz war gut besucht. Etwa gegen 10½ Uhr erschien plötzlich ein großes Polizeiaufgebot, bestehend aus ungefähr 20 Beamten der politischen Polizei und 10 Beamten der Schutzpolizei. Die Beamten erklärten, es bestünde der Verdacht, daß es sich bei der Konferenz um eine getarnte Versammlung des polizeilich aufgelösten Allgemeinen Arbeiterverbandes handle. Die Polizeibeamten nahmen Durchsuchungen der Konferenzteilnehmer vor. Durchsucht wurden auch, trotz Protestes und Hinweis auf ihre Immunität, einige Abgeordnete des Volkstages. 18 Konferenzteilnehmer, deren Legitimation als nicht ausreichend angesehen wurde, wurden nach dem Polizeipräsidium geführt, nach ihrer Identifizierung jedoch wieder entlassen.

Die Konferenz konnte später ihren Fortgang nehmen. Nach den Referaten der Abgeordneten Brill und Köpfer fand eine lebhafte und angeregte Diskussion statt, in der die Landdelegierten interessante und aufschlußreiche Angaben über den politischen Stimmungsumschwung auf dem Lande machten.

Gemeiner Ueberfall auf einen sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Der sozialdemokratische Gemeindevertreter aus Braust, Fritz Spill, ehemaliger Vizepräsident des Volkstages, wurde nach einer Gemeindeversammlung, als er nach Hause ging, hinterücks von Personen in Halbuniform überfallen und besinnungslos geschlagen. Nur der Umstand, daß der eine ihn begleitende Zentrumsgemeindevertreter um Hilfe rief, hat den Gemeindevertreter Spill vor größerem Unheil bewahrt. Spill hat erhebliche Verletzungen am Kopf davongetragen. Die beiden Täter sind inzwischen bereits ermittelt worden.

